

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 2190 38/39
Telex: 886846 ppbn d

Inhalt

Dr. Uwe Holtz MdB macht auf die Forderungen eines Inders nach sozialer Gerechtigkeit für die Dritte Welt aufmerksam: Plädoyer für ein anderes SDI.

Seite 1

Anke Brunn fordert die Durchsetzung der Gleichstellung im Bildungsbereich: Hochschulen müssen selbstverständlicher Ort für Frauen werden.

Seite 3

Dr. Renate Lepsius MdB kritisiert die Besoldungspraxis in der deutschen auswärtigen Kulturpolitik: Kein gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Seite 5

41. Jahrgang / 88

12. Mai 1986

Plädoyer für ein anderes SDI

Bemerkenswerte Vorschläge eines Inders zur Durchsetzung von sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit in der Dritten Welt

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die von der Reagan-Administration propagierte Strategic Defence Initiative (SDI) ist von vielen Seiten und unter den verschiedensten Blickwinkeln kritisiert worden: Die Stimme der Dritten Welt ist bisher, soweit sie artikuliert wurde, überhört worden. Umso wichtiger erscheint es, hier einem Gedankengang in der deutschen Öffentlichkeit Eingang zu verschaffen, der von einem Indier, Sebastian Devasia, entwickelt worden ist. Er setzt der Strategic Defence Initiative (SDI) eine Strategic Development Initiative, eine Strategische Entwicklungs-Initiative, als ein anderes SDI gegenüber.

Seine Gedanken lassen sich wie folgt verkürzt darstellen. Die Strategic Development Initiative versteht er als die Fortsetzung der großen Befreiungsbewegungen der Menschheit, die in der Philosophie des Altertums, im Christentum, im Humanismus und so weiter ihren Niederschlag gefunden haben. Den New Deal, den Marshallplan und die New Frontier von Kennedy rechnet er diesen emanzipatorischen Tendenzen der Geschichte zu. Mit Hegel unterlegt er seiner Vision eine Geschichtsauffassung, die „das sich erweiternde Bewußtsein der Freiheit des Menschen“ zum Inhalt hat. Zu den Werten, die nach dieser Geschichtsauffassung zur Realisierung drängen, gehöre auch die Gerechtigkeit. Gerechtigkeit aber verlange auch soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit für die Bürger und Staaten der Dritten Welt.

Devasia glaubt, daß sich diese Vision der Geschichte nur durchsetzen könne in einer globalen Ordnung, die auf Multipolarität aufbaut. Seiner Meinung nach sollten regionale Subsysteme entstehen, die aufgrund ihrer gemeinsamen Geschichte und Zivilisi-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veröffentlicht Umwelt
mit wertvollem Recycling-
Papier



sation eine innere Stabilität haben und somit eine friedliche Weiterentwicklung der Welt gewährleisten können. Solche Subsysteme könnten sein: Ostasien, Südostasien, Südasien, Afrika und Lateinamerika, vor allem aber Europa. Einem vereinigten starken Europa schreibt er die Fähigkeit zu, beide Supermächte gleichermaßen in Schranken halten zu können. Die Multipolarität, zu der es nach dem Zweiten Weltkrieg Ansätze gegeben habe, die sich besonders im „Geist von Bandung“ niederschlagen haben, sei jedoch durch die Bipolarität ausgehöhlt worden.

Im SDI-Programm der Reagan-Administration sieht Devasia einen Versuch, die Bipolarität der Welt in Ost und West zu verstärken. Der Autor ordnet die Bipolarität einem Geschichtsdanken zu, das nicht auf Entwicklung, sondern auf Containment ausgerichtet ist. Dieses Denken, könne so fürchtet der Autor, zu einem dritten Weltkrieg führen und tendenziell, gewollt oder ungewollt, die pervertierte Realität des Tausendjährigen Reiches wiederauferstehen lassen. Das Konzept erlaube es letztlich den Menschen und den Nationen nicht, sich in Freiheit zu entfalten und die Menschenrechte zu realisieren.

Der „Krieg der Sterne“ trage auch noch andere Gefahren in sich. Der Westen wolle damit seine technologische Überlegenheit für das postindustrielle Zeitalter festschreiben. Wie die Erfindung der Karavelle im 15. Jahrhundert die Seeherrschaft Europas auf Jahrhunderte gesichert habe, so solle nun das SDI-Programm dem Westen die Möglichkeit geben, die westliche Vorherrschaft auf absehbare Zeit zu gewährleisten. Die Dritte Welt habe nicht die Möglichkeit, dem SDI-Programm Reagans - wie der Warschauer Pakt - ein eigenes Sternenkriegsprogramm gegenüber zu stellen. Das einzige, was die Dritte Welt einbringen könnte, sei der Sternentraum vom „Frieden auf Erden und dem guten Willen gegenüber Jedermann“. Gefordert wird deshalb eine breite Überzeugungskampagne für diese Werte, die allein der Menschheit eine Zukunft geben können.

Er fordert von den Vereinigten Staaten eine Abkehr vom SDI-Programm und eine Rückkehr zum Geist des Marshallplans und des „New Frontier“. Hoffnungsträger sind für ihn die Demokraten in den Vereinigten Staaten, die die Konzepte des Marshallplans und des New Frontier vertreten hätten, während die Republikaner stets Sicherheitsaspekte, die Politik des Containment und die Politik des Sternenkriegs in den Vordergrund gerückt hätten.

Zur Förderung seiner Ideen schlägt Devasia einen „Club of Bonn“ vor, - in Anlehnung an den Club of Rome. „Club of Bonn“ deshalb, weil er seine Vorschläge dem Nord-Süd-Forum vorlegen will, das sich in Bonn befindet. Als Schritte auf dem Weg zur Realisierung soll

- a) die Forschung und die Publikation in diesem Sinne organisiert werden,
- b) ein nationaler und internationaler Konsens in der Weltmeinung herbeigeführt und schließlich
- c) auf der letzten Stufe das Konzept zum UNO-Programm erhoben werden.

Devasias Gedankengänge haften sicherlich einige utopische Züge an. Sie lassen sich jedoch nicht nur als realitätsferne Chimäre abtun, da Devasia an vorhandene Realitäten anknüpft und versucht, fortschrittliche Tendenzen in der Geschichte fortzuschreiben. Im Grunde genommen hat die Menschheit keine andere Zukunft. Daß daraus auch eine dezidierte Ablehnung des Sternenkriegsprogramms von Reagan wurde, überrascht nicht weiter. Doch daß dies so dezidiert von einem Sprecher aus der Dritten Welt geschah, ist ein Indiz dafür, daß die Herausforderung auch dort begriffen wurde. Wir stimmen mit Devasia darin überein, daß der Strategic Defence Initiative eine Strategic Development Initiative entgegengesetzt werden muß, die wir in einigen Punkten aus der Sicht der deutschen Sozialdemokratie freilich etwas anders formulieren würden. Der Grundgedanke allerdings verbindet uns.

(-/12.5.1986/rs/ks)

* * *



Gleichstellung im Bildungsbereich durchsetzen

Hochschulen müssen ein selbstverständlicher Ort für Frauen werden

Von Anke Brunn

Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Bildungssystem hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten viel zugunsten der Frauen geändert. Mit Recht hat man festgestellt, daß die Gewinner der Bildungsexpansion die Mädchen waren. Heute besuchen sie die weiterführenden Schulen wie die Jungen. Abiturientinnen und Abiturienten stehen sich in nichts nach.

Anders ist es im Beruf, in der Berufsausbildung und an den Hochschulen. Alma mater ist nicht gut zu ihren Töchtern. Zahlen belegen dies:

- Unter 100 Studierenden treffen wir 38 Studentinnen.
- Unter 100 Doktorprüfungen werden 20 von Frauen abgelegt.
- Unter 100 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind 15 Frauen.
- Von 100 Habilitationen werden zehn von Frauen abgelegt.
- Unter 100 Professoren und Professorinnen finden sich tatsächlich nicht einmal sechs Frauen. Hier hat sich in den letzten Jahrzehnten fast nichts geändert.

Im Unterschied zu früher sind die Frauen nicht mehr einverstanden mit diesem Schattendasein. Was man früher als „natürlich“ vorgesetzt bekam, kann man heute nicht mehr normal finden. Die Frauen sind mit Recht unzufrieden. Und sie müssen heute sogar doppelt unzufrieden sein. Denn angesichts stagnierender Stellenpläne in den Hochschulen und angesichts von Personalabbau in den Bereichen, zu denen sie traditionell leichter Zugang fanden (Beispiel: Lehrerausbildung), wird für viele Frauen auch mit höchster Qualifikation die Situation nicht leichter, sondern schwerer.

Was können wir tun?

Wir müssen erreichen, daß Frauen tatsächlich in allen relevanten Funktionen in den Hochschulen vertreten sind. Und wir müssen erreichen, daß sich Frauen auch in Forschung und Lehre in deren Themenstellung wiederfinden. Zunächst habe ich nicht die Illusion, daß sich die Gleichstellung der Frauen an den Hochschulen von oben „machen“ ließe. Auch der allgemeine Ruf nach der sofortigen Einführung der Quote hilft hier nicht weiter. In den Hochschulen selbst muß zunächst eine Grundlage geschaffen werden, damit sich die Emanzipation der Frauen in den Hochschulen von unten nach oben entwickeln kann.

Ich versuche deshalb zunächst, anknüpfend an das Frauenförderungskonzept der Landesregierung und an Beschlüsse des Landtages, in den Hochschulen durch Verfahrensregelungen die Chancen der Frauen bei Stellenbesetzungen und Berufungsverfahren zu verbessern. Ich werde in den kommenden Monaten nach einer ersten Erörterung mit den Rektoren der Hochschulen einen ganzen Katalog solcher Vorschläge zur Diskussion stellen. Dazu gehört unter anderem die Beteiligung von mindestens einer Frau - ich danke besser sogar zwei - in Berufungskommissionen.



Im nächsten Jahr werden wir in einigen Punkten unser Hochschulgesetz ändern. Wir wollen dann Frauenbeauftragte mit sehr weitgehenden Informations- und Vorschlagsrechten gesetzlich verankern. Wir gehen bisher von einer sehr offenen Formulierung aus, die verschiedene örtliche Realisierungsmöglichkeiten offenhält. Übrigens hat die Universität Bochum als erste NRW-Hochschule bereits die Funktion einer Frauenbeauftragten in ihrer Satzung verankert und die Frauenbeauftragte auch gewählt.

Als ich mein Amt vor nahezu einem Jahr übernahm, gab es in Nordrhein-Westfalen zwar engagierte Wissenschaftlerinnen in verschiedenen Funktionen, aber keine einzige Lebenszeitprofessur, die mit einer frauenspezifischen Fragestellung ausgewiesen war. Heute haben wir drei solcher Professuren, eine Professur für Frauengeschichte in Bonn, eine Professur für Frauenliteratur in Paderborn und eine Professur für Frauenforschung in Bielefeld. Auch ist es gelungen, den Schwerpunkt Frauenforschung in Bielefeld, der bisher nur mit befristeten Stellen arbeitete, mit einer dauerhaften Geschäftsführung zu versehen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Frauenforschung befindet sich an der Universität Dortmund, wo in der Zentralstelle für Weiterbildung und Kontaktstudium der Schwerpunkt „Frauenstudien“ gesetzt wurde. Für die Frauenstudien in Dortmund wurde nach gründlichen Vorbereitungen mit der Universität ein Modellversuchsantrag gestellt. Angesichts des großen Drucks in den Hochschulen, angesichts der vielen arbeitslosen Wissenschaftlerinnen ist dies vielleicht wenig; dennoch hat das große Nordrhein-Westfalen damit schon bundesweit ein Signal gesetzt. Meiner Ansicht nach müssen in Zukunft noch Professuren zu juristischen und arbeitswissenschaftlichen Schwerpunkten der Frauenforschung hinzukommen.

Im Wintersemester 1986/87 werden wir ein Symposium zu den Fragen der zukünftigen Aufgaben der Frauenforschung durchführen, um Perspektiven und Entscheidungsgrundlagen für Forschungsschwerpunkte und Ausweitung von Lehrstühlen zu gewinnen.

Über eines müssen wir uns im klaren sein: Es muß sich bald viel ändern, damit Hochschulen ein selbstverständlicher Ort für Frauen sind, und damit Wissenschaft eines Tages auch weiblich ist.

(-/12.5.1986/rs/ks)

* * *



„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“

Nicht in der deutschen auswärtigen Kulturpolitik

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Es bleibt offensichtlich dabei: Die Sprachabteilungen des Goethe-Instituts in Mexiko-City und Guadalajara werden zum Jahresende geschlossen. Die damit verbundene Kündigung der 19 Lehrkräfte zum 31. Dezember bleibt bestehen. In der jüngsten Fragestunde des Deutschen Bundestages hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt Jürgen Möllemann diesen Beschluß des Präsidiums des Münchener Goethe-Instituts auf meine Anfrage hin bestätigt.

Die Schließung der Sprachabteilungen des Goethe-Instituts in Mexiko ist aber nur die Spitze eines Eisberges. Hinter dieser rigorosen Entscheidung verbirgt sich ein seit langem in der deutschen auswärtigen Kulturpolitik bestehendes Übel, das sich nun nicht länger unter der Decke des Schweigens halten läßt. Der Konflikt: Die deutschen und die nichtdeutschen Lehrkräfte werden unterschiedlich bezahlt. Im Fall der Goethe-Lehrkräfte in Mexiko ist jahrelang mehr oder weniger unbeanstandet so verfahren worden. Das deutsche Lehrpersonal ist nach dem Bundesangestelltentarif auf DM-Basis bezahlt worden, während die fünf nichtdeutschen Lehrer „ortsüblich“, wie es so schön heißt, vergütet werden.

Diese Besoldungspraxis, die auch bei anderen Instituten sowie bei den diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik geübt wird, begründet man von seiten der Regierung mit währungspolitischen und sozialen Kriterien. Man wolle schließlich keine Unruhe und Unzufriedenheit in den jeweiligen Ländern durch Gehälter auf BAT-Niveau schaffen - so der Staatsminister. Dennoch gibt es wegen dieser Verfahrensweise seit langem und an vielen Stellen der Welt einige Unruhe, die nun im Fall von Mexiko zu dieser dem Problem ausweichenden Konsequenz geführt hat.

Den Stein ins Rollen brachte das höchste Arbeitsgericht in Mexiko. Es hat den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für die Arbeit der Goethe-Lehrer bejaht. Nun standen arbeitsgerichtliche Klagen der nach „Ortsüblichkeit“ bezahlten nichtdeutschen Sprachlehrer ins Haus. Da schloß man lieber die Pforten ganz. Die Durchsetzung der gleichen Bezahlung hätte nämlich eine Steigerung der Gehälter der mexikanischen Lehrkräfte auf nahezu das Dreifache bedeutet. Das darf nicht sein, weil man ja keine soziale Unruhe stiften will. Der Staatsminister: „Hätten wir die mexikanischen Ortslehrkräfte auf Beschluß des Arbeitsgerichts sozusagen auf BAT-Niveau hochgezogen, hätten sie dort im Schnitt ein höheres Gehalt gehabt als die Minister der mexikanischen Regierung.“

Aber natürlich spielt auch das Geld eine Rolle: In beiden Sprachabteilungen, so die Verlautbarung des Goethe-Instituts, waren die Lehrergehälter der Ortskräfte bisher schon so hoch, daß das Goethe-Institut zu den Einnahmen aus den Sprachkursgebühren zuletzt rund 800.000 DM pro Jahr zu geben mußte. Außerdem hätte die Gleichbehandlung in Mexiko Signalwirkung haben können. Für das Goethe-Institut hätte nach Berechnungen der Bundesregierung die Übertragung eines solchen Präzedenzfalles auf die anderen 120 Einrichtungen in der Welt pro Jahr Mehrausgaben in Höhe von 19 Millionen DM bedeuten können. Die Münchener Leitung der traditionsreichen Einrichtung „zur Pflege der deutschen Sprache und Kultur im Ausland“ hat mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes und des Bundesfinanzministers also die Flucht nach vorn angetreten.



Konfrontiert mit dem Vorwurf, sie schade der Entwicklung der deutschen Sprachkultur im Ausland verweist die Regierung auf die bereits bestehenden anderen Spracheinrichtungen in Mexiko-City und darauf, daß es unter den Betroffenen Überlegungen gebe, in Privatinitiative eine Sprachschule aufzubauen, mit der die Bundesregierung bereit sei zusammenzuarbeiten. Originalton Mölle- mann: „Dann sind wir allerdings für die Einkommenssituation dieses Instituts und die arbeitsrecht- liche Absicherung seiner Mitarbeiter nicht zuständig.“ Die Regierung schleicht sich aus der Verant- wortung, nicht nur finanziell, sondern, was gravierender ist, aus der Verantwortung für ein ethisches Problem. Der grundsätzliche Konflikt, die ungleiche Besoldungspolitik, ist mit der Schließung ja nicht aus der Welt.

Im Gegenteil: Man reagiert im Ausland sehr sensibel auf die deutsche Haltung. Es hieß bereits in mexikanischen Zeitungen, mit der unterschiedlichen Bezahlung feiere der deutsche Rassismus fröh- liche Urständ. Das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland und das Ansehen der deutschen aus- wärtigen Kulturpolitik stehen auf dem Spiel. Das Beispiel Mexiko wird anderswo Schule machen. Eine Fortführung der Schließungspolitik würde das Ende der Sprachkursarbeit des Goethe-Insti- tuts bedeuten und unabsehbare Folgen für die gesamte deutsche auswärtige Kulturpolitik nach sich ziehen.

Sicher haben die zuständigen Gewerkschaften gut daran getan, darauf zu bestehen, daß die Arbeits- verhältnisse der deutschen Lehrer sozialversicherungsrechtlich abgesichert sind und die Gehälter nicht den ständigen Abwertungen des mexikanischen Pesos unterliegen. Es muß jedoch ein Aus- gleichssystem gefunden werden. Das Grundsatzproblem muß gelöst werden. Dazu ist rasches Nach- denken erforderlich. Der Staatsminister hat in der Fragestunde selbst eingestanden, daß die ge- troffene Entscheidung „nicht ideal ist“. Die Bundesregierung darf sich der wirklichen Lösung des Konflikts nicht länger entziehen. Denn: Ohne Aufhebung des Widerspruchs zwischen unseren ethischen Normen und unserem Handeln - im Klartext: ohne Gleichbehandlung - verfehlt unsere auswärtige Kulturpolitik ihre Ziele.

(-/12.5.1986/rs/ks)

* * *

